

Landeselternausschuss Kindertagesstätten Berlin



Landeselternausschuss Kita Berlin

C/ o Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie

Bernhard-Weiß-Straße 6

10178 Berlin

Kontakt:

info@leak-berlin.de

www.leak-berlin.de

Mit den Ergebnissen der PISA-Studie ist die schulische Bildung in Berlin wieder in aller Munde. Als Landeselternausschuss Kita möchten wir vor der Abgeordnetenhauswahl Ihren Blick auf die Voraussetzungen für eine gute Schulbildung lenken:

die frühkindliche Bildung in den Kindertagesstätten und Kindertagespflegen dieser Stadt.

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie und Chancen für alle Kinder werden in den frühesten Jahren gelegt. Als Landeselternausschuss Kita haben wir dazu konkrete Forderungen, die wir den Parteien und den Spitzenkandidat/in mitgeben möchten.

- Wir fordern, das Personal zu halten. Wir erwarten, dass die bisher im Haushalt für Kitas genutzten Mittel in keinem Fall gesenkt werden. Sinkende Kinderzahlen und gleichbleibende absolute Mittel ermöglichen eine Schlüsselverbesserung. Das bedeutet eine echte Chance für Qualität und die Möglichkeit bei den 2- bis 3-Jährigen und im Ü3-Bereich den wissenschaftlich geforderten Standard zu erreichen.
- Betreuungsausfall ist real, und Eltern federn eine Lücke im System ab, wenn wir aufgefordert werden, Kinder früher abzuholen, ohne dass Öffnungszeiten offiziell reduziert werden. Die Personalkalkulation mit zu geringen Krankentagen und wenig Raum für mittelbare pädagogische Arbeit wird von uns Eltern kompensiert. Damit muss Schluss sein.

Mitglieder des Vorstands des LEAK

Sabrina Simmons

Landesvorsitzende

Nadine Matusch

Stellvertretende Landesvorsitzende

Carmen Annuscheit

Peter Baumann

Fabian Riek

Berlin, den 10.09.2026

Mehr Recht für Kinder

- Die Erhöhung der Schließtage auf 27 gegen den Willen der Eltern konnte der Landeselternausschuss dieses Jahr verhindern. Aber Eltern müssen transparent darüber informiert werden, dass Ihnen an Schließtagen eine Ersatzbetreuung zusteht. Das ist Teil der Leistungsverpflichtung der Träger gegenüber dem Senat, aber die Kitas kommen dem nur selten nach und zwingen Eltern ihren Urlaub nach den Schließtagen zu richten. Urlaub muss auch für Eltern der Erholung dienen und nicht den Ausfall der Kita kompensieren.
- Kitas müssen Orte sein, die kindgerecht und sicher sind. Wir verlangen ein Sanierungsprogramm für Kitas, das dauerhaft angelegt ist und nicht gegen andere Bedarfe wie Spielplätze oder Hochschulen ausgespielt wird.
- Der Sommer hat noch einmal deutlich gezeigt, dass wir als Stadt eine Antwort auf den Klimawandel brauchen. Die Hitzebelastung trifft alte und ganz junge Menschen besonders. Hitzeschutz ist Kinderschutz: Wir fordern verpflichtende Hitzeschutzkonzepte für alle bestehenden und neuen Kitas. Der Senat muss das Geld dafür bereitstellen, diese umzusetzen.
- Mobilität fängt bei den Kleinsten an. Sichere Mobilität in Berlin darf nicht davon abhängen, ob eine Regierung Lust hat, Bundesgesetze umzusetzen. Das neue Straßenverkehrsgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Wir fordern, dass das geänderte StVG insbesondere vor Kindertagesstätten und Spielplätzen unmittelbar zur Regel wird. Zusätzlich fordern wir, dass der Sozialraum rund um Kindertagesstätten, Kindergärten und Spielplätze betrachtet und die Geschwindigkeitsbegrenzungen gegebenenfalls entsprechend ausgeweitet werden. Querungshilfen und Temporeduzierungen müssen schneller eingerichtet werden.
- Spielplätze und damit Räume für Kinder und junge Menschen müssen in ausreichender Zahl in den Bezirken vorhanden sein. Zur Sauberkeit und Sicherheit von Spielplätzen gehören auch Toiletten, schnelle Reparaturen und eine Kontrolle der Nutzung (keine Hunde). Eine ausreichende Beleuchtung ist vor allem im Herbst erforderlich, da Familien diese öffentlichen Räume auch in der dunklen Jahreszeit benötigen. Wir fordern eine konsequente Berücksichtigung der Bezirksselternausschüsse in den Spielplatzkommissionen der Bezirke.
- Unsere Arbeit erfolgt ehrenamtlich und ohne gesicherte Ressourcen. Wir haben Budgets nur, wo die Bezirke sie uns zugestehen wollen. Das ist eine Ungleichbehandlung mit der schulischen Elternvertretung und hindert die Wahrung demokratischer Mitbestimmung. Dieser Zustand ist für uns nicht hinnehmbar. Nur mit einer gesicherten Finanzierung elterlicher Gremienarbeit auf Bezirks- wie auf Landesebene kann Elternengagement für frühkindliche Bildung langfristig wirksam, professionell und verlässlich gestaltet werden. Deshalb fordern wir Geschäftsstellen für die Bezirksselternausschüsse und eine Geschäftsstelle für den Landeselternausschuss, wie es für die Schulelternvertretung gesetzlich vorgeschrieben ist (§ 119 und 121 SchulG).